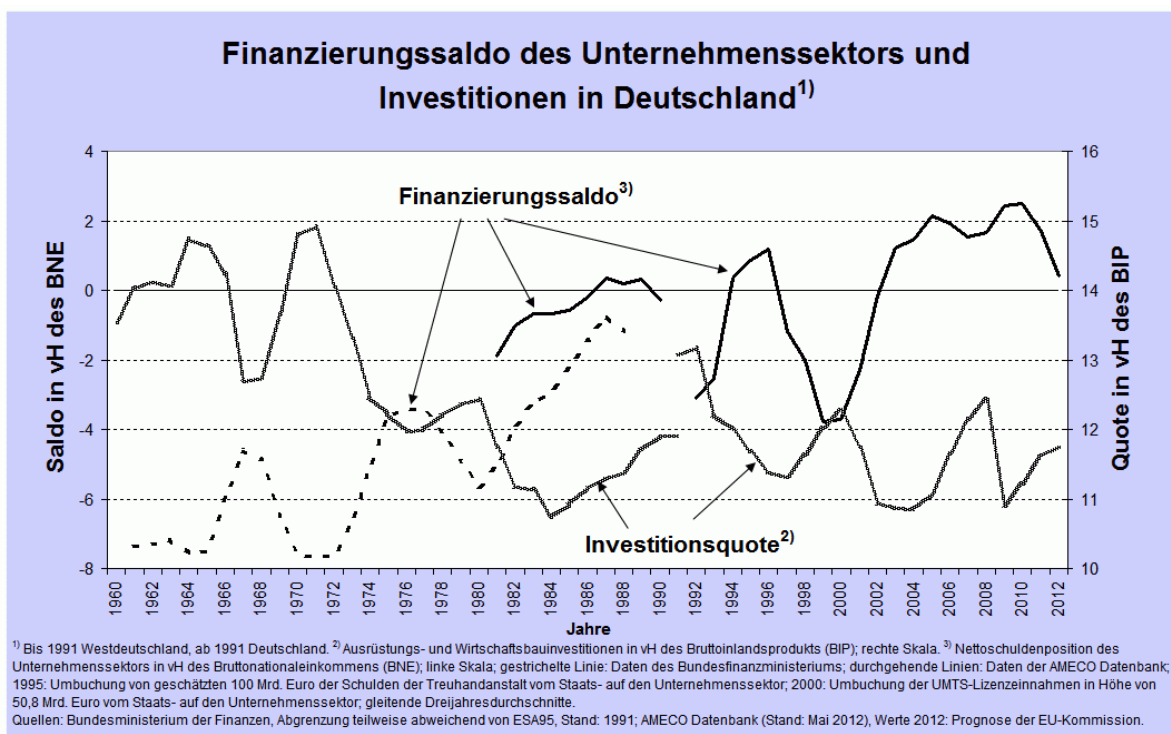


Steueroasen – willkommene mediale Ablenkungsmanöver

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 16.04.2013

Nach neuen Enthüllungen über Steueroasen wird dieser Tage wieder landauf, landab berichtet, wie sich eine Reihe von Reichen systematisch dem Zugriff des Fiskus entziehen. Das ist zwar Betrug an der Gesellschaft. Aber die Empörung darüber wirkt häufig ziemlich gespielt. Denn es ist doch dieselbe Süddeutsche Zeitung, die heute angesichts der Offshore-Enthüllungen *das* Klientel per "[Finanzpolizei](#)" in Schach zu halten empfiehlt, das sie gestern noch hofiert hat mit Forderungen wie der, dass Deutschland seine "[Leistungsträger entlasten](#)" müsse und per Kirchhofscher Spitzensteuersatzsenkung von 45% auf 25% ("ein wahrhaft großes Werk") vor allem den Reichen etwas Gutes tun sollte. Die sind nach landläufiger Auffassung die einzigen, die Arbeitsplätze durch Innovationen und Investitionen schaffen. Dazu braucht es hohe Gewinneinkommen, und zwar (laut FDP) [sowohl als Anreiz als auch als Finanzierungsquelle](#).

Wie man an der miserablen Investitionsquote in Deutschland einerseits und den explodierenden Gewinneinkommen der letzten zehn Jahre andererseits sehen kann, ist das eine grundlegend falsche Vorstellung vom Investitionsverhalten (vgl. Abbildung). Im Vergleich zur Nutzung von Steueroasen ist das der viel größere Skandal: dass die Wirtschaftspolitik den "oberen Zehntausend" durch Lohnzurückhaltung und Steuersenkung überhaupt zu so viel Reichtum verholfen hat zum Schaden derjenigen, die diesen Reichtum mit erarbeitet haben und nicht in angemessener Höhe an ihm beteiligt worden sind. Wenn einige der "oberen Zehntausend" auch noch versuchen, die Steuern auf diesen Reichtum zu umgehen, ist das nur das Sahnehäubchen obendrauf.



Dass in Deutschland die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dramatisch gestiegen sind und die realen Arbeitseinkommen stagnierten, ja für die unteren Lohngruppen sogar rückläufig waren, hat schon mancher festgestellt ([DIW](#)) und sogar beklagt ([ver.di-Pressemappe, S. 6](#)). Die schwächelnde Investitionstätigkeit hierzulande war auch schon häufig Thema, aber von Mainstreamökonomern ([ifo Schnelldienst 6-2005, S. 28](#)) wie [Medien](#) wurde sie regelmäßig auf verkrustete, investitionsfeindliche Strukturen und natürlich auf "zu hohe" Steuern zurückgeführt. Dass ein kausaler Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen bestehen könnte, davon war und ist bis heute viel seltener die Rede.

Unter anderem in dem Buch „Irrweg Grundeinkommen“ haben wir zusammen mit Volker Meinhardt und Dieter Vesper ausführlich darauf hingewiesen, dass der Unternehmenssektor in den letzten zehn Jahren zum Nettosparer in bislang nicht da gewesener Größenordnung geworden ist, also wesentlich mehr Geld zur Verfügung hatte, als für Investitionen ausgegeben wurde. Diese Tatsache wird von unseren Wirtschaftspolitikern und den sie beratenden Experten kaum zur Kenntnis genommen. Da müssten ja viele zugeben, sich geirrt zu haben hinsichtlich der Bereitschaft der Unternehmen, bei extrem hohen Gewinnen zu investieren. Vor allem müsste geschlussfolgert werden, dass es systemgerecht und daher sinnvoll wäre, wenn die Löhne über viele Jahre kräftig stiegen. Denn die Unternehmen lassen sich nur durch mehr Nachfrage und dadurch bewirkte höhere Auslastung ihrer Kapazitäten, nicht aber durch höhere Gewinne zum Investieren bewegen.

Das aber wollen die Fachleute und Politiker alles nicht sagen, denn dann gäbe es unter Umständen eine ernsthafte Diskussion um die *Primärverteilung* der Einkommen in einer Marktwirtschaft (und um die Rolle, die die Preisentwicklung für eine dynamische Entwicklung spielt). Da sind die Steueroasen doch das dankbarere Thema: Man kann sich empören über die Ungerechtigkeit und lässt alles andere so weiterlaufen wie bisher. Immerhin kann man dann sagen, man habe sich über die Reichen aufgeregt, was klar zeige, wie unabhängig man sei und dass man sich seine eigenen Gedanken

mache.

Wundern sollten sich unsere Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aber nicht, dass in der jüngeren Generation immer mehr Menschen zu der Überzeugung gelangen, dass sich eine Marktwirtschaft nicht gerecht und sinnvoll führen lässt, sondern auf Ausbeutung der unteren Einkommenschichten systematisch angewiesen ist; dass es mit der realen Marktwirtschaft und der Lehrbuchökonomie genau so ist wie mit dem realen und dem Lehrbuch-Sozialismus: dass nämlich Theorie und Wirklichkeit unendlich auseinander klaffen; und dass daher ein kompletter Systemwechsel unausweichlich ist. Diese Sicht der Dinge könnte durchaus zum Nicht-Wählen oder Radikal-Wählen beitragen. Wetten, dass sich über solches Wahlverhalten dann wieder die gleichen Leute aufregen, die sich jetzt an den Ablenkungsmanövern beteiligen?

Über den Autor

Veröffentlicht am: 16.04.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/04/steueroasen-willkommene-mediale-ablenkungsmanover/>